

# Sammlung und Transport von Altstoffen können optimiert werden

Metalle, Glas und Altpapier lösen auf dem Wertstoffmarkt Rekordpreise. Davon können auch die Gemeinden profitieren. Doch in der Euphorie darf nicht vergessen gehen, dass langfristig nur eine gute Kooperation mit der Privatwirtschaft die Entsorgung sicherstellt. Dies wurde an einer Fachtagung von «Kommunale Infrastruktur» deutlich.

Ziemlich genau die Hälfte unseres Abfalls ist nicht Kehrrecht im eigentlichen Sinn, sondern wird als Sekundärrohstoff verwertet. Doch die Konditionen, zu denen Grüngut, Glas und Karton abgenommen werden, ändern ständig. Umso wichtiger ist, dass die Gemeinden auf Draht bleiben. Die Tagung «Abfalllogistik und Separatsammlungen», zu der die Fachorganisation Kommunale Infrastruktur Ende Mai nach Bern geladen hatte, zeigte denn auch auf, mit welchen Herausforderungen sich die Gemeinden derzeit konfrontiert sehen.

## Bröckelt das Entsorgungsmonopol?

Eine heisse Diskussion läuft aktuell darum, wie die vom Bundesrat gutgeheissene Motion von alt Ständerat Carlo Schmid in die Technische Verordnung über Abfälle (TVA) umgemünzt werden soll. Dem Motionär ging es darum, dass Kantone dem Gewerbe nicht länger verbieten dürfen, sich von Dritten entsorgen zu lassen. Über 80 Prozent der KMU können dies zwar heute schon, wurde an der Tagung ausgeführt. Doch offenbar nimmt angesichts steigender Preise für Wertstoffe der Druck der öffentlichen Hand zu, die Verwertung und Entsorgung auch von Gewerbeabfall selbst zu übernehmen.

Mathias Tellenbach, Leiter der Sektion Industrie- und Gewerbeabfälle im Bundesamt für Umwelt, präsentierte erste Überlegungen aus seinem Amt. Dem Bundesrat gehe es darum, dass bei einer Praxisänderung keine Abstriche am Umweltschutz gemacht würden; Kehrrecht aus Haushaltungen und Kleingewerbe bleibe weiterhin dem Gemeindemonopol unterstellt. Entsorgen Private das Gewerbe, sollen Mengenschwellen definiert werden, die überschritten sein müssen. Weiter sollen die Abfälle wesentliche Teile an sortier- und verwertbaren Stoffen enthalten, die dann auch tatsächlich rezykliert werden müssen. Was nicht stofflich genutzt werden kann, ist der Kehrrechtverbrennungsanlage (KVA) des Einzugsgebiets zuzuführen – damit will der Bund einen Abfalltourismus zur billigsten Kehrrechtbehandlungsanlage verhindern. Und schliesslich müssen pri-



*Der Preis für das Altpapier ist extrem abhängig von internationalen Faktoren und jetzt bereits wieder im Sinkflug. (Bild: Utzenstorf Papier)*

vate Anbieter die Stoffströme dokumentieren können.

## Bevölkerung verlangt Entsorgungs-Convenience

Erst Anfang 2009 ist eine Vernehmlassung zum TVA-Revisionsentwurf geplant, trotzdem regt sich schon jetzt Widerstand gegen die als zu strikt empfundenen Vorschriften. An der Tagung wurde von den Altstoffhändlern gefordert, es sei in der Revision einzig eine Mindestmenge an Abfall pro Betrieb zu definieren, statt mit zahlreichen Einschränkungen den freien Markt abzuwürgen. Tellenbach nahm die Einwürfe entgegen und gab seinerseits Tipps an die Gemeinden, wie sie ihre Verwertungslogik langfristig ausrichten könnten. So seien Kooperationen nicht nur mit privaten Organisationen und Unternehmen, sondern auch mit Gemeinden das Gebot der Stunde: «Damit kann in die Convenience investiert werden, was den aktuellen Ansprüchen der Bevölkerung nach einer möglichst bequemen Entsorgung entgegenkommt.» Kooperationen bewirken aber auch, dass die Sammellogistik effizienter

wird und gepoolte Mengen von Wertstoffen bessere Preise am Altstoffmarkt lösen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Kennzahlen konsequent erfasst und die Separatsammlungen professionell durchgeführt werden. Derzeit wird eine nationale Kennzahlenerhebung vorbereitet, die genauen Aufschluss über die gesammelten Wertstoffe geben soll.

## Rosinenpicker sind unerwünscht

Seit letztem Jahr werde mit Wertstoffen zwar Geld verdient, unterstrich Dieter Nägeli, Geschäftsleitungsmitglied des Zweckverbands KVA Thurgau. Doch die gute Abfallkonjunktur führt dazu, dass sich Private ebenfalls vermehrt für das Geschäft mit den Wertstoffen interessieren. Im Einzugsgebiet des Zweckverbands Thurgau etwa existieren neben gemeindeeigenen auch zehn private und vier vom Zweckverband geführte Stellen, wo verschiedenste Fraktionen entgegengenommen werden. «Doch ob diese von uns privat oder gemischtwirtschaftlich geführt werden, sie sind alle etwa gleich effizient»,

so Nägelis Bilanz. Ähnliche Erfahrungen gemacht hat Brigitte Fischer, stellvertretende Leiterin der Sektion Abfallwirtschaft im Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft des Kantons Zürich: «Wer eine Annahmestelle führt, ist zweitrangig. Entscheidend ist die Qualität und der Wille, diese Einrichtung langfristig zu betreiben und nicht bloss ein paar Jahre Rosinen zu picken, um in schlechten Zeiten das Feld wieder zu räumen.»

**Rahmenvertrag Altpapier gut unterwegs**

Nicht nur Altstoffhändler, auch einige Gemeinden sind versucht, in Hochpreiszeiten möglichst viel aus ihren Wertstoffen herauszuschlagen, statt auf langfristige Abnahmeverträge zu setzen. Doch das Spekulieren kann ins Auge gehen, zeigte ein Mehrjahresrückblick der Preisentwicklung beim Altpapier. Der Altpapierpreis, extrem abhängig von internationalen Faktoren, sei bereits wieder im Sinkflug, warnte Peter Lottner, Präsident des Verbands Schweizerischer Industrielieferanten für Altpapier. Der Grund liege in der abkühlenden Konjunktur in den USA, was die Nachfrage nach Konsumgütern dämpfe. Und weil diese wiederum zu einem guten Teil aus China kommen, sinkt dort der Bedarf nach Verpackungskarton – der bekanntlich aus Altpapier hergestellt wird. Mehrfach wurde denn auch der Anfang 2007 lancierte Rahmenvertrag für Altpapier zwischen dem Schweizerischen Städteverband und Gemeindeverband sowie ausgewählten Abnehmern gelobt, dem bereits zehn Prozent der Gemeinden mit rund einem Viertel des durch die Kommunen gesammelten Altpa-



Mathias Tellenbach, Leiter der Sektion Industrie- und Gewerbeabfälle im Bundesamt für Umwelt. (Bild: Laura Fellmann)

papiers beigetreten sind. Der Vertrag garantiert eine Preissicherung gegen unten, wobei Anpassungen gegen oben durchaus möglich sind und vom Handel auch gewährt werden.

**Ausschreibung: Der Preis ist nicht alles**

Auch wenn der Preis ein wichtiger Faktor für die Vergabe des Logistikauftrags ist, bei Ausschreibungen ist es durchaus zulässig, weitere Punkte einzubeziehen – und verantwortungsbewusste Gemeinden sollten dies durchaus tun. Daniela Lutz von der Lindtlaw Anwaltskanzlei erklärte, dass weder diskriminiert noch ein Wettbewerb verhindert werden dürfe. Zudem müsse die Ausschreibung sachgerecht geschehen, und der gleiche Punkt dürfe nicht mehrfach bewertet werden. Doch eine Ausschreibung nach nachhaltigen Kriterien sei durchaus möglich. Ein Beispiel ist die Arbeitssicherheit, die Punkte zu den verwen-

deten Fahrzeugen und Geräten, dem Einrichten von Sicherheitssystemen oder dem Beitritt zu allfälligen Branchenlösungen enthalten kann. Wenn darauf Wert gelegt wird, dass eine Firma Lehrlinge ausbildet, kann auch dies in die Bewertung aufgenommen werden. Die Eignung des Anbieters soll ebenfalls ihren Niederschlag in der Bewertung der Offerte finden.

Schliesslich ist die Leistungsfähigkeit zu prüfen, das Vorhandensein von ausreichenden Ressourcen wie Flotte und ausgebildetem Personal sowie minimale Referenzen. Am Beispiel der Kehrrichtentsorgung machte Lutz deutlich, dass folgende Gewichtung von Zuschlagskriterien auch vor Gericht Bestand haben: Preis pro Tonne 40 Prozent; Qualität des Fuhrparks (und zwar besser als die gesetzlichen Minimalanforderungen) 30 Prozent; Qualität der Referenzen 20 Prozent, und Qualität der angebotenen Dienstleistungen 10 Prozent.

**Mehr Transparenz in Abrechnungen**

Nicht ratsam ist laut Lutz eine viel gehörte Faustregel, dass der ansässige Transporteur aufgrund der kurzen Fahrzeiten auch ökologisch am besten abschneide und deshalb den Zuschlag zu erhalten habe. «Ich warne davor, ortsansässige Bewerber versteckt oder offen zu bevorzugen – Klagen der unterlegenen Bewerber haben vor Gericht gute Chancen.» Uneins waren sich die Anwesenden, für wie viele Jahre eine Ausschreibung sinnvoll sei. Norbert Vonlanthen vom Schweizerischen Nutzfahrzeugverband (Astag) etwa plädierte für eine Periode von sechs bis acht Jahren, um die teuren Fahrzeuge, die oft eigens für einen Auftrag beschafft werden, auch sinnvoll abschreiben zu können, Gemeindevertreter hingegen wehrten sich in der Diskussion vor allzu langfristigen Verpflichtungen.

Unumstritten war aber, dass die Logistikleistungen transparent in Rechnung gestellt werden müssen. So kommt es offenbar noch immer vor, dass Gemeinden die ihnen zustehende Rückerstattung aus der vorgezogenen Recyclinggebühr für Glas vorenthalten wird. Andere schliessen ein Gentlemen's Agreement ab, wonach der örtliche Fuhrhalter den Erlös aus dem Altmetallverkauf behalten kann, wenn er im Gegenzug jährlich einmal den Sammelcontainer reinigt. Solche Stammtischdeals trüben die Abfallrechnung der Gemeinde und verhindern, dass bessere Angebote zum Zug kommen.

Pieter Poldervaart

Information: [www.petrecycling.ch](http://www.petrecycling.ch), [www.swico-recycling.ch](http://www.swico-recycling.ch), [www.sens.ch](http://www.sens.ch)

**PET und Schrott bringen Geld**

Überraschende 19 Prozent des PET-Sammelguts wurden 2007 von Gemeinden erfasst, die im Prinzip gar nicht zur Bereitstellung einer PET-Sammelstelle verpflichtet sind. Die Organisation PET-Recycling-Schweiz (PRS), die an einem hohen Rücklauf interessiert ist, will die Gemeindesammelstellen als zusätzliche Einrichtung nebst dem Handel und Firmen-Containern weiter fördern. Ein PRS-Vergleich von elf Recyclinghöfen zeigte, dass es Sinn macht, für die voluminöse Verpackung viel Platz vorzusehen, um den Umschlag, der immer mit Personalleistung verbunden ist, möglichst tief zu halten. Die Jahresmiete für einen Quadratmeter Fläche kostet etwa gleich viel wie eine Arbeitsstunde. Diese Lehre gilt auch für die Wahl des Sammelgebindes, wo vom 110-Liter-Sack bis zum Abrollcontainer alles möglich ist. Besonders in der Romandie ist die Abgabe von PET-Flaschen bei Gemeindesammelstellen gut eingespielt. Um das Angebot auch in der Deutschschweiz zum Durchbruch zu verhelfen, offeriert PRS seit kurzem eine Vergütung, die je nach Grösse des Gebindes von 120 bis 200 Franken pro Tonne PET reicht.

Auch die Elektronikrecycler greifen den Gemeinden stärker unter die Arme. Zum einen vereinfachen sie die Logistik, indem Sens und Swico zusammenspannen, was die Sammelstellen angeht. Auf dem Sammelplatz selbst beschränken sich die Elektroschrottverwerter auf neu fünf Fraktionen. Gemeinden mit einem Sammelstellenvertrag erhalten neu 18 statt 13 Rappen pro Kilogramm Altware, bei Grossgeräten steigt der Stückpreis von 8 auf 9 Franken. Auch Gemeinden ohne Sens-Sammelstellenvertrag werden neu entschädigt, und zwar ebenfalls mit 13 Rappen pro Kilogramm respektive Fr. 3.90 pro Grossgerät.